

6. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Die Evaluation des Bürgerrats *Klima-Zukunft Vorarlberg* zeigt, dass das Instrument Bürgerrat ein probates Mittel ist, insbesondere um bereits angestoßenen Engagementwillen zu stärken und die Zusammenarbeit mit anderen zu fördern. Die große Mehrzahl der Teilnehmer:innen will nun selbst und/oder mit anderen beim Klimaschutz aktiv werden. Es gibt zudem erkennbare statistische Tendenzen, dass die Teilnahme am Bürgerrat *Klima-Zukunft Vorarlberg* einen Wandel der persönlichen Einstellungen in Bezug auf das Thema Klimakrise erleichtert.

Hinsichtlich der Veränderungen auf der normativen Ebene sozialen Lernens ist vor allem die gesteigerte Zustimmung zur Wichtigkeit von Maßnahmen für den Klimaschutz beachtlich. Im Gegensatz zur Kontrollgruppe sprechen sich die Teilnehmer:innen deutlich für die verstärkte Förderung von Fahrzeugen mit alternativem Antrieb (Elektro, Brennstoffzelle, Wasserstoff etc.) aus und gegen Neuzulassungen von fossil betriebenen Fahrzeugen ab dem Jahr 2030.

Im Bereich des sozialen Lernens ist die beziehungsorientierte Ebene des Bürgerrats *Klima-Zukunft Vorarlberg* positiv hervorzuheben. Das Instrument Bürgerrat ist vor allem darin erfolgreich, unter den Teilnehmer:innen besseres Verständnis für andere Denkweisen zu entwickeln.

Das Vertrauen in die demokratischen Institutionen generell, aber auch in die Vorarlberger Landespolitik wird durch die Teilnahme am Bürgerrat zwar kaum gesteigert, davon aber auch nicht negativ beeinflusst. In Hinsicht auf das Thema *Klima-Zukunft Vorarlberg* stellte sich für die Teilnehmer:innen allerdings vermehrt die Frage, warum das Land Vorarlberg nicht längst vehementer auf den immerhin selbst ausgerufenen Klimanotstand antworte. Schon vor dem Bürgerrat *Klima-Zukunft Vorarlberg* bestehende Zweifel an der politischen Aktivität konnten durch die Teilnahme kaum ausgeräumt werden.

Ein großes Manko wies der Bürgerrat *Klima-Zukunft Vorarlberg* im Bereich der Repräsentativität eines „Mini-Vorarlbergs“ auf. Aufgrund der mangelhaften Auswahlmethode und Rekrutierung der Teilnehmer:innen blieb er gerade beim Thema Bürgerrat *Klima-Zukunft* hinter seinen Möglichkeiten zurück. Da hauptsächlich Menschen teilnehmen, die ohnehin formal höher gebildet sind und meist auch schon zu den Aktivbürger:innen zählen, waren zahlreiche edukativen Effekt geringer als sie bei einer höheren soziodemographischen Ausgeglichenheit sein könnte.

Um künftig durch Vorarlberger Bürgerräte (noch) mehr positive Entwicklungen anzustoßen – insbesondere in den Bereichen der kognitiven Ebene sozialen Lernens, aber auch in der Frage des politischen Vertrauens – lassen sich entlang der elaborierten OECD-Grundsätze auf der Grundlage der vorgestellten Ergebnisse folgende Empfehlungen aussprechen:

- **Bessere Erklärung der Zielsetzung bereits im Einladungsbrief:** Es wird empfohlen, im Einladungsbrief in leicht verständlicher Sprache darzustellen, was mit

dem Bürgerrat erreicht werden soll und welche Aufgabe die Teilnehmer:innen haben. Auch nach 16 Jahren darf nicht vorausgesetzt werden, dass alle Vorarlberger:innen das Instrument Bürgerrat kennen und verstehen. Wird die Zielsetzung nicht schon zu Beginn klar formuliert, unterdrückt dies vor allem Menschen mit formal niedriger Bildung an der Teilnahme. Diesem Manko könnte auch durch die Methode der aufsuchenden Beteiligung Abhilfe geleistet werden; siehe dazu weiter unten.

- **Klarere Formulierung der Fragestellung:** Es wird empfohlen, für eine klarere Formulierung der Fragestellung, künftig nach erfolgreicher Unterschriftensammlung im Konsens zwischen Initiator:innen und FEB eine modifizierte Fragestellung auszuarbeiten, die die Anforderungen leicht verständlicher Sprache für die Verwendung im Einladungsbrief erfüllt.
- **Erhöhung der Repräsentativität der Teilnehmer:innen („Mini-Vorarlberg“):** Es wird empfohlen, der Auswahl und Rekrutierung der Teilnehmer:innen mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Hierzu könnte ein Meinungsforschungsinstitut beauftragt werden; auch die Methode der *aufsuchenden Beteiligung* wäre praktikabel: Hierbei suchen die Organisator:innen (oder von ihnen Beauftragte) Vorarlberger:innen zuhause oder in bestimmten Freizeiteinrichtungen auf, um sie zum Bürgerrat einzuladen.²⁵ Dadurch können auch Menschen zur Teilnahme mobilisiert werden, die nicht bereits zum Kreis der Aktivbürger:innen zählen. In diesem Zusammenhang wird auch empfohlen, die Einladung zum Bürgerrat erheblich früher als nur ein paar wenige Wochen im Voraus zu versenden, um mehr Zeit für die Rekrutierung von unterrepräsentierten Gruppen zu haben.
- **Schaffung von gruppenspezifischen Anreizen zur Teilnahme am Bürgerrat:** Zur Erhöhung der Repräsentativität wird außerdem empfohlen, insbesondere Maßnahmen der gezielten Ansprache von Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie von Menschen mit türkischer und osteuropäischer Migrationsgeschichte für die Teilnahme am Bürgerrat zu setzen. In Frage kommen etwa Gutscheine für beliebte Freizeitaktivitäten (Beispiel: Saisonkarte für ein Schwimmbad, Kinogutscheine und dergleichen), aber auch Taggeld (international üblich: zwischen 50 bis 100 € pro Tag).
- **Bereitstellung von Expert:innen(wissen):** Es wird empfohlen, während der Informationsphase externe, unabhängige wissenschaftliche Expert:innen zuzuladen, die informative Impulsvorträge zum Bürgerratsthema halten und von den Teilnehmer:innen vor Ort befragt werden können, um die gute Praxis der Informationsbereitstellung besser zu erfüllen. Weiters wird empfohlen, bereits im Vorfeld unterschiedlich aufbereitetes Informationsmaterial bereitzustellen, um somit unterschiedliche Lernstile zu adressieren – also nicht nur schriftliche Unterlagen, sondern auch Videos oder Podcasts einzusetzen.

²⁵ Vgl. Linus Strothmann (2020) Wenn die Demokratie an der Tür klingelt... Die Methode »Aufsuchende Losverfahren«, in: Netzwerk Bürgerbeteiligung: https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/3_2020/nbb_beitrag_strothmann_200916.pdf

- **Zeitliche Verlängerung des Bürgerrats:** Es wird empfohlen, den Bürgerrat auf einen dritten Tag oder auf zwei Wochenenden auszudehnen, um mehr Zeit für die Deliberation und Entscheidungsfindung zu gewinnen. Dadurch soll auch verhindert werden, dass es zu Gruppenzwang oder sozial erwünschtem Verhalten aufgrund von Zeitmangel kommt. Sollte die Zeit dennoch einmal zu knapp bemessen sein, könnten jene Teilnehmer:innen, die sich mit einzelnen Komponenten des Abschlussberichts nicht zufrieden zeigen, ermuntert und unterstützt werden, einen Minderheitenbericht zu formulieren, der im Anhang zum Hauptbericht erscheint und ihre Bedenken wiedergibt. (siehe dazu untenstehend)
- **Ermöglichung eines Minderheitenberichts:** Es wird empfohlen, künftig einen Minderheitenbericht vorzusehen, damit abweichende Ansichten zu bestimmten Ergebnissen besser festgehalten werden können.
- **Neugestaltung des Bürgercafés:** Es wird empfohlen, die Politikerreden während des Bürgercafés kürzer zu halten und stattdessen Politiker:innen in Kleingruppen in direkten und persönlichen Austausch mit den Teilnehmer:innen des Bürgerrats treten zu lassen.
- **Erhöhung der Responsivität:** Es wird empfohlen, die Teilnehmer:innen in gewissen zeitlichen Abständen (nach sechs und nochmals nach zwölf Monaten, sowie zum Abschluss einer Legislaturperiode) immer wieder darüber zu informieren, welche ihrer Empfehlungen in die Vorarlberger Landespolitik aufgenommen wurden. Weiters wird empfohlen, die Teilnehmer:innen des Bürgerrats *Klima-Zukunft Vorarlberg* zwölf Monate nach dem Bürgercafé zu einem weiteren Bürgercafé einzuladen, wo sie gemeinsam mit den zuständigen Landesrät:innen die Möglichkeit der Diskussion haben.
- **Wahrung der Privatsphäre der Teilnehmer:innen:** Es wird empfohlen, nicht vorauszusetzen, dass die Teilnehmer:innen wissen, dass sie qua Teilnahme ihre Zustimmung zur Veröffentlichung ihres vollen Namens in der Dokumentation gegeben haben, sondern diese Zusage explizit einzuholen.
- **Einrichtung von Vernetzungsmöglichkeiten:** Um die oftmals positiven und bestärkenden Erfahrungen hinsichtlich Selbstwirksamkeit und Engagement nach der Teilnahme an einem Bürgerrats länger aufrecht zu erhalten, wäre die Einrichtung einer Onlineplattform oder eines ähnlichen Kommunikationskanals für ehemalige Teilnehmer:innen ratsam. Dort könnten sie sich weiterhin miteinander vernetzen, austauschen und Ideen für neue bürgerschaftliche Initiativen entwickeln.